Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10696

11. 05. 98

Antrag

der Abgeordneten Ernst Schwanhold, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Hans Büttner (Ingolstadt), Hans Martin Bury, Dagmar Freitag, Anke Fuchs (Köln), Günter Graf (Friesoythe), Rolf Hempelmann, Uwe Hiksch, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Gabriele Iwersen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Dr. Uwe Küster, Dieter Maaß (Herne), Heide Mattischeck, Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Hermann Rappe (Hildesheim), Otto Reschke, Bernd Reuter, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Wolfgang Weiermann, Verena Wohlleben, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Beschäftigung und Innovation für den Mittelstand

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Klein- und Mittelbetriebe in Deutschland werden von der amtierenden Bundesregierung seit Jahren vernachlässigt. Ihre Interessen werden in Politik und Gesetzgebung der Bundesregierung mißachtet. Die von dieser Bundesregierung zu verantwortenden hohen Lohnzusatzkosten stellen gerade für die arbeitsintensiven mittelständischen Betriebe in Handwerk, Handel, industriellem Gewerbe und in den Dienstleistungen eine schwere Bürde dar. Diese Bundesregierung unternimmt nichts, um kleine und mittlere Unternehmen von zuviel Bürokratie und zu komplizierten Genehmigungsverfahren zu entlasten. Sinnvolle Fördermaßnahmen, wie die Eigenkapitalhilfen, wurden in den Regierungsjahren dieser Koalition zusammengestrichen und erst auf Initiative der Fraktion der SPD wieder eingeführt. Bei konkreten Gesetzesvorhaben, wie zuletzt beim Vergaberechtsänderungsgesetz, werden mittelstandsfreundliche Gesetzesinitiativen verhindert.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung ist gegen den Mittelstand gerichtet. Die Binnenkonjunktur bleibt weiterhin schwach, vor allem in Ostdeutschland. Diese Bundesregierung läßt außer acht, daß dies die Hauptursache für die schwierige Lage in Handwerk, Handel und Bauwirtschaft ist. Der von dieser Bundesregierung zugelassene Anstieg von Lohnnebenkosten und Steuer- und Abgabenbelastung für Normalverdiener läßt keinen

Spielraum für die Entwicklung von privatem Konsum und Investitionen der mittelständischen Unternehmen. Auch eine „Handwerkerstunde" ist für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unbezahlbar geworden. Eine von der amtierenden Bundesregierung geduldete Entwicklung, die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung begünstigt.

Der Rekordanstieg der Konkurse in den letzten Jahren ist der konkrete Beleg für das Versagen der Bundesregierung. Allein in 1997 sind die Unternehmensinsolvenzen um 7,6 % auf rd. 27 500 angestiegen. Etwa 550 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren durch die Insolvenzen ihres Unternehmens in den letzten Jahren ihren Arbeitsplatz. Die Zahl der mittelständischen Unternehmen mit einer zu geringen Eigenkapitalquote von unter 10 % hat in besorgniserregender Weise auf jetzt über 32 % zugenommen. Diese besorgniserregenden Fakten sind Ausdruck der Versäumnisse dieser Bundesregierung in der Mittelstandspolitik.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. Die Vernachlässigung der mittelständischen Unternehmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist offenkundig und einzugestehen. Eine realistische Analyse der Lage der kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel, industriellem Gewerbe und in den Dienstleistungen sowie bei den freien Berufen ist notwendig. Dabei sind die Ursachen für die anhaltende Konkurswelle, die ungelöste Generationenfrage, die mangelnde Eigenkapitalausstattung, die fortschreitende Konzentration und insbesondere die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen in Ostdeutschland zu analysieren und konkrete Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lage aufzuzeigen.

2. Die Steuer- und Abgabenbelastung der mittelständischen Unternehmen muß gesenkt werden. Dafür ist eine grundlegende Steuerreform, mit der die gewerblichen Einkommensteuersätze gesenkt werden, in Angriff zu nehmen. Die Lohnnebenkosten müssen schrittweise gesenkt werden, indem die versicherungsfremden Leistungen aus der Solidargemeinschaft herausgenommen werden. Hierzu ist eine Steuerreform einzuleiten, mit der die hohe Belastung des Arbeitseinsatzes mit Abgaben durch eine maßvolle Verteuerung der Energie reduziert wird.

3. Das Angebot an Wagniskapital für mittelständische Unternehmen muß substantiell gesteigert werden. Neben einer Steuer- und Abgabenreform zur Verbesserung der Ertragskraft mittelständischer Unternehmen sind die Rahmenbedingungen für die Mobilisierung von Wagnis- und Chancenkapital für mittelständische Unternehmen und junge Technologieunternehmen erheblich zu verbessern. Darüber hinaus sind steuerliche Anreize für privates Beteiligungskapital und für materielle Beteiligungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Unternehmen zu schaffen.

4. Die Verwaltung und Staatstätigkeit müssen umgehend unter den Gesichtspunkten Dienstleistung und Effizienz modernisiert werden. Verfahrensdauer und Antragsvielfalt behindern das unternehmerische Handeln. In diesem Zusammenhang müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, die gesetzlichen Regelwerke verständlicher, geeignete, von öffentlichen Händen wahrgenommene Aufgaben auf ihre Privatisierungsfähigkeit überprüft und gewerberechtliche Vorschriften und das öffentliche Auftragswesen stärker auf die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen ausgerichtet werden.

5. Die Förderung des Mittelstandes durch Bund, Länder und EU soll transparenter und gebündelt werden. Die bisherige Praxis des unkoordinierten Nebeneinanders von zahlreichen Förderprogrammen aller staatlichen Ebenen hat zu einer enormen Komplexität geführt. Dies ist der Grund, warum viele mittelständische Unternehmen und Existenzgründer die bestehenden Hilfen gar nicht in Anspruch nehmen und bestehende Programme, wie z. B. der für die neuen Bundesländer bestehende Beteiligungsfonds, nicht ausgeschöpft werden. Die große Zahl der Förderprogramme muß deshalb auf wenige Förderbausteine reduziert werden.

6. Die deutsche Wirtschaft braucht eine Erneuerung der Unternehmenslandschaft, um Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Neue Technologien, vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien, Bio- und Gentechnik, neue Systemtechniken in den Grenzbereichen von Chemie, Physik und Biologie mit ihren vielfältigen Anwendungsbereichen, schaffen eine Fülle neuer Geschäftsfelder und Arbeitsplatzpotentiale.

   Diese müssen für den Mittelstand erschlossen werden:

   - durch Verstärkung der Forschungsförderung; insbesondere auch im marktnahen Bereich und durch mittelstandsgerechte Förderbedingungen;

   - durch besondere Förderung von Kooperationen zwischen öffentlichen Einrichtungen und Mittelstand sowie zwischen mittelständischen Unternehmen bei Forschung, Markteinführung und bei Vergabe öffentlicher Aufträge;

   - durch Auflegung eines Forschungs-Personalkostenzuschuß-Programms für kleine und mittlere Unternehmen, mit dem mittelständischen Unternehmen die Einstellung von wissenschaftlichem FuE-Personal zeitlich befristet durch finanzielle Hilfen erleichtert werden soll (vgl. gesonderter Antrag der Fraktion der SPD);

   - durch Förderung von Modellvorhaben für die Anwendung neuer Technologien zur Erleichterung der Markteinführung und zur Schaffung von Akzeptanz.

   Neue Technologien und anwenderorientierte Forschung müssen in Deutschland verstärkt werden. Dies ist durch einen verbesserten Transfer von Forschungsergebnissen und der Er-

möglichung von Modellvorhaben einzuleiten. Für den Mittelstand sind Zuschüsse für Forschungspersonal zu gewähren. Außerdem sollen vor allem Kooperationen zwischen mittelständischen Unternehmen oder zwischen öffentlichen Einrichtungen und Mittelstand unterstützt werden.

7. Der Aufbau Ost muß ferner verstärkt auf eine Förderung von neuen Klein- und Mittelbetrieben setzen, denn die Auftragslage ist weiter schwach und die Konkurswelle ungebrochen. Für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist außerdem die Stärkung der verbliebenen mittelständischen Firmen und die Schaffung günstiger Bedingungen für Unternehmensneugründungen eine Kernaufgabe. Zur Stärkung des Mittelstandes in Ostdeutschland ist neben einer notwendigen Konzentration der Förderpolitik ein wesentlich stärkerer und schneller Aufbau der ostdeutschen Forschungslandschaft erforderlich. Deshalb ist der Absatz ostdeutscher Produkte durch Beratungsangebote und Messehilfen verstärkt zu fördern. Die Förderung ostdeutscher Konsum-, Gebrauchs- und Investitionsgüter ist ferner um die Förderung ostdeutscher Dienstleistungen zu erweitern. Vorrangig sind alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung in ostdeutschen Betrieben zu forcieren.

   Die Bundesregierung wird aufgefordert, dazu die erforderlichen Konzepte und Haushaltsmittel im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes für 1999 vorzulegen.

   Darüber hinaus ist für Ostdeutschland ein Sonderprogramm „Innovativer Mittelstand" erforderlich.

   Dazu gehören:

   - der Ausbau der Beratungskapazitäten für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen;
   - die Verbesserung der Konditionen für Risiko- und Beteiligungskapital bei Gründung und Wachstum mittelständischer Unternehmen;
   - Lohnkostenzuschüsse für Forschungspersonal in kleinen und mittleren Unternehmen;
   - Förderpräferenzen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die in Ostdeutschland durchgeführt werden.

8. Globalisierung ist nur dann eine Chance für Deutschland, wenn auch mittelständische Unternehmen daran erfolgreich teilnehmen können. Dazu sind die Benachteiligungen des Mittelstandes im Globalisierungsprozeß und in der Außenwirtschaftsförderung zu beseitigen. Die Bundesregierung muß endlich ihrer Verpflichtung in der Außenwirtschaftspolitik gerecht werden und darf nicht länger diese Aufgabe den Ländern auflasten. Es sind umgehend Maßnahmen in drei strategischen Bereichen erforderlich:

   - Verstärkung der Abstimmung zwischen den einzelnen Akteuren der Außenwirtschaftspolitik, um die vielfältigen Aktivitäten stärker miteinander zu bündeln. Dazu muß eine

Aktionsgemeinschaft „Außenwirtschaft" von Bund und Ländern eingerichtet werden;

- Ausbau der außenwirtschaftlichen Infrastruktur, um die Aktivitäten in den Zielländern zusammenzufassen und auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Dazu müssen die Außenwirtschaftsinformation verbessert und die Vor-Ort-Präsenz durch Büros und Deutsche Häuser ausgebaut werden;
- Erweiterung und Flexibilisierung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums, um situations- und aufgabenentsprechende komplette Lösungen anbieten zu können. Dazu ist auch eine gemeinschaftliche Finanzierung von Wirtschaft und Staat zu schaffen.

9. Maßnahmen für mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sind im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe dringend einzuführen. Dies schließt sowohl die Durchsetzung eines neuen Arbeitsförderungsgesetzes, das wirtschaftsnahe Förderinstrumente wie Lohnkostenzuschüsse für Existenzgründer und kleine Betriebe vorsieht, wie auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit ein.

10. Eine Offensive für die Verbesserung der beruflichen Bildung und den Ausbau der betrieblichen Weiterbildung ist wichtiger Bestandteil einer innovativen Mittelstandspolitik, denn hervorragender Ausbildungsstand und hohe Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die Wettbewerbsfähigkeit und Marktchancen von großer Bedeutung.

11. Andere Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen, wie die konkursrechtlichen Regelungen, die Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber bedürfen dringend einer Verbesserung im Zusammenwirken von Bund und Ländern.

Bonn den 11. Mai 1998

Ernst Schwanhold
Ingrid Becker-Inglau
Hans Berger
Hans Büttner (Ingolstadt)
Hans Martin Bury
Dagmar Freitag
Anke Fuchs (Köln)
Günter Graf (Friesoythe)
Rolf Hempelmann
Uwe Hiksch
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Gabriele Iwersen
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Dr. Uwe Küster
Dieter Maaß (Herne)
Heide Mattischeck
Herbert Meißner
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Hermann Rappe (Hildesheim)
Otto Reschke
Bernd Reuter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Wolfgang Weiermann
Verena Wohlleben
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333